

Amts- und Anzeigengeblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich 4 Mk. 50 Pf., aber monatlich 1 Mk. 50 Pf. in der Geschäftsstelle, bei unregelmäßigen Vorkäufen und bei Abnahme der Sonntags- und Feiertagsblätter für den folgenden Tag.

Tageblatt für Eibenstock, Lössfeld, Hundshäbel, Neuhäde, Oberhögengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Soja, Unterhögengrün, Wildenthal usw.

Werbungpreis: die halbspaltige Zeile 25 Pf. Im Restamtteil die Zeile 50 Pf. Im anderen Teile die halbspaltige Zeile 50 Pf. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch den Anzeiger aufgegebenen Anzeigen.

Verl.-Abt.: Amtsblatt.

Verantwortl. Schriftleiter, Druck und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock. 68. Jahrgang.

Formdruck Nr. 110.

Nr. 294.

Sonnabend, den 20. Dezember

1919.

Die außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 betr.
Gemäß § 4 Abs. 2 des Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 vom 10. September 1919 (R. G. Bl. S. 1567) wird im Einverständnis mit dem Reichsminister der Finanzen bestimmt, daß in Sachsen als Friedens-einkommen im Sinne des § 4 Abs. 1 des genannten Gesetzes das Jahreseinkommen gilt, mit dem der Abgabepflichtige bei der allgemeinen landesgesetzlichen Jahresveranlagung zur Einkommensteuer auf das Jahr 1914 veranlagt worden ist.
Dies am 16. Dezember 1919. 1175 a Steuerreg. C 19751

Finanzministerium.
Nichtste.

Seizungsverbot für Säle und Theater.

In letzter Zeit ist wiederholt wahrgenommen worden, daß die Bekanntmachung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums vom 7. Januar 1919 (Sächs. Staatszeitung Nr. 4), betr. Seizungsverbot für Säle und Theater, nicht allenthalben streng befolgt wird. Sie wird deshalb auszusweise erneut bekanntgegeben:

I. Verboten ist das Beheizen

1. von Theatern jeder Art, einschließlich der Kinematographentheater und von Zirkusgebäuden,
2. von Sälen und Räumen für den Gebrauch als Konzert- und Vortragssäle, für die Abhaltung von Festlichkeiten jeder Art, einschließlich der Familienfestlichkeiten und Tanzstunden,
3. von Kirchen.

II. Mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark wird bestraft, wer dem Verbote zuwiderhandelt.

Die Polizeibehörden sind auf Veranlassung der Ministerien angewiesen worden, die Durchführung des Seizungsverbotes strengstens zu überwachen und jeden Verstoß dagegen unmissverständlich zur Bestrafung anzuzeigen.

Schwarzenberg, am 16. Dezember 1919.

Der Bezirksverband (Kohlenversorgungsbezirk) der Amtshauptmannschaft.

Fleischverteilung.

In der laufenden Woche kommen auf Reichsfleischmärkten zur Verteilung:
In den Schlachtabzirkeln Aue, Eibenstock, Schönheide, Lauter, Raschau und Johanngeorgenstadt:

110 g Gefrierfleisch, 30 g Wurstkonserven und 30 g Rumpfspeisefett,

in den Schlachtabzirkeln Schneeberg und Schwarzenberg:

140 g Fleischfleisch und Wurst und 30 g Rumpfspeisefett.

Personen unter 6 Jahren erhalten die Hälfte.

Der Preis für 1 Pfund Fleischfleisch beträgt 3,30 Mk., für 1 Pfund Wurst 3 Mk., für 110 g Gefrierfleisch 1,02 Mk., für 30 g Wurstkonserven 0,29 Mk., für 30 g Rumpfspeisefett 0,42 Mk.

Schwarzenberg, am 18. Dezember 1919.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

Völker-Diktatur.

Es wird der Welt nicht so bald in allen internen Einzelheiten mitgeteilt werden, was durch die Reise des französischen Ministerpräsidenten Clemenceau nach London und in den Besprechungen mit seinem englischen Kollegen Lloyd George erzielt worden ist, aber darüber kann kein Zweifel bestehen, daß Wilsons ursprüngliche Idee von allgemeiner Völker-Verständigung endgültig zu den Taten geworden ist. Auch wenn der Völkerbund noch kommt, das Mitbestimmungsrecht seiner Glieder ist heute schon ausgeschaltet, dafür tritt eine Völker-Diktatur in Kraft, die von den Regierungen in Paris und London in erster Reihe ausgeübt wird. Vielleicht birgt man auch Italien einen Sitz im hohen Rate der Zukunft an, vielleicht hört man „achtungsvoll“ auf die Worte Amerikas, aber die eigentliche Gewalt wird an der Seine und an der Themse in den Händen derjenigen Männer liegen, welche durch überlegene Energie ihrem Willen Respekt zu verschaffen wissen. Das haben Clemenceau und Lloyd George erreicht.

Das Selbstbestimmungsrecht der Entente-Völker hat seit dem Abschluß des Waffenstillstandes mit Deutschland nur noch auf dem Papier gestanden. Die Stimmen, die sich zugunsten eines Rechtsfriedens zu melden begannen, sind vielfach unterdrückt worden. In Frankreich galt der Wille des leitenden Staatsmannes so unbedingt, daß das Volk seine Politik billigte, ohne sich um die letzten Gründe dafür zu kümmern. Die Franzosen waren froh, daß der Krieg vorbei war. Und in England war es nicht viel anders, die Kritik Lloyd Georges, die einsetzte, wurde bald wieder ab, gerade so wie die große Ar-

beiterbewegung. In Italien hat die sozialistische Agitation Erfolge davon getragen, aber sie sind nicht bedeutend genug, um einschneidende Veränderungen herbeizuführen. Und schließlich werden die Italiener zufrieden sein, wenn die Geschäftspolitik ihrer Regierung neue Erfolge erzielt. Die kleineren Ententestaten, wie Belgien, Rumänien, Polen, Tschechien, Slowakei, Griechenland und Serbien, müssen zunächst wenigstens tanzen, wie in Paris aufgespielt wird.

Die Politik des Präsidenten Wilson ist in den letzten Monaten, besonders seit seiner Erkränkung, ziemlich scharf mitgenommen, aber diese Angriffe gelten eigentlich mehr der Person Wilsons, als der Sache. Im Grunde genommen wollen Wilson und seine Gegner daselbe, nämlich einen herrschenden Weltfrieden der Vereinigten Staaten. Wilson wollte dies Ziel durch den Völkerbund und durch das amerikanisch-englisch-französische Bündnis erreichen, während seine Gegner meinen, daß sich die Verwirklichung dieses Planes viel leichter und vor allem gewinnbringender dadurch herbeiführen läßt, daß man Europa seine Hände selbst austragen läßt, daß aber den gewaltigen Reichtum Amerikas an Geld, Lebensmitteln und Industriewerten in die Waagschale wirft. Mit anderen und kurzen Worten: Wilson wollte selbst Betrachter spielen, während seine Gegner diese Rolle dem Dollar zuweisen. Denn Europa muß zu Amerika kommen.

Was für Deutschland bei alledem übrig bleiben wird, ist weder neu, noch unklar. Das Leitmotiv bleibt Clemenceaus Wort „Der Friede ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.“ Wir sollen niedergehalten werden, um Frankreich nicht politisch, und England nicht wirtschaftlich gefährdet werden zu können. Was wir haben müssen, können

wir nur durch eigene Anstrengungen und gute Bezahlung gewinnen, was wir vom Völkerbund erlangen werden, wird stets unter dem Willen der Völker-Diktatoren stehen und daher zum Sterben zu viel, zum frohen Leben zu wenig sein. Daß die Entente weiß, was sie will, haben wir gesehen. Niemand muß wir uns endlich klar werden, was wir praktisch verwirklichen können. Solchen Illusionen, wie sie neulich laut wurden, daß Clemenceau nach London gereist sei, um Englands Hilfe für die französischen Finanz-, Kohlen- und Lebensmittelversorgung zu erbitten, dürfen wir uns nicht hingeben. So schnell bringt die Entente ihr Kompagnie-Geschäft nicht in Gefahr. Wm

Ein Anleihestandal?

Unredlichkeiten bei der Propaganda der Sparprämien-Anleihe.

Das Ergebnis der Sparprämienanleihe ist sehr mäßig, darüber sollte man sich nicht hinwegtäuschen. Bei der Besprechung dieses Ergebnisses wurde von der rechtsstehenden Presse angedeutet, daß es bei der Propaganda der Anleihe nicht ganz mit rechten Dingen zugegangen sei. Klar ausgesprochen wurde dies vom Zentralorgan der größten Regierungspartei, dem „Vorwärts“. Ueber zehn Millionen Mark seien für Propagandazwecke ausgegeben worden. Dabei ist mit den Druckaufträgen nur ein ganz kleiner Kreis von Druckereien begünstigt worden, die angesichts der bedenkenlosen Annahme höchster Preisforderungen Riesengewinne einflecken konnten. Die tollsten Preisforderungen sind glatt bewilligt worden. In einzelnen Fällen ist nahezu das Doppelte für Druckarbeiten bezahlt worden, als im christlichen Druckgewerbe ab-

Koh gefordert wird. Viele Hunderttausende von Mark sind in Preisüberforderungen hinausgeworfen worden, obwohl die schlechte Finanzlage zu äußerster Sparjamkeit hätte zwingen sollen. Verträge, die das Mehrfache der üblichen Kosten für den betreffenden Propagandaartikel enthalten, sind abgeschlossen worden. An Redakteure ist man mit dem Versprechen von Sonderhonoraren, deren Höhe den Besetzungskarakter anspricht, heranzutreten, damit diese in ihren Blättern günstige Werbeartikel schreiben.

Die Bornwärsche werden vom „Vorwärts“ durch Einzelheiten belegt. Anschließend wird eine eingehende Untersuchung gefordert. Zu diesen Mitteilungen sandte nun der Propagandaleiter der Sparprämienanleihe, ein Herr Redendorff, der Presse eine aufsehenerregende Erklärung zu, die die Angaben des „Vorwärts“ durchaus bestätigt. Er schreibt u. a.: Ich bin vom Reichsfinanzministerium am 24. Oktober zur Leitung eines besonderen Unterausschusses (Armoncen, Plakate, Flugblätter usw.) berufen worden. Als ich meine Tätigkeit aufnahm, stellte ich fest, daß die gesamten Werbemaßnahmen bereits bis zu einem sehr weitgehenden Grade gediehen waren. Ich stelle fest, daß bis zu dem Tage meiner Berufung noch niemand daran gedacht hatte, statismäßig zu wirtschaften. Die Erhebungen über die bereits gemachten Ausgaben gaben das niederstimmende Ergebnis, daß von den zur Verfügung stehenden vier Millionen so gut wie nichts mehr übrig war. Die im „Vorwärts“ angezogenen Beispiele sind nur ein Teil meiner Feststellungen. Es ist mir nicht einmal möglich gewesen, zu erreichen, daß mir sämtliche Aufträge zur etatsmäßigen Verbuchung übergeben wurden. Die Einsetzung einer Kommission verlange ich auf das dringlichste. Daß ich dies nicht schon während der Anleihe beantragt habe, ist auf meinen Wunsch zurückzuführen, im Interesse des Vaterlandes die Arbeit nicht zu hören und den Erfolg nicht zu gefährden.

Eine amtliche Erklärung.

Hierzu wurde halbamtlich durch WTB. erklärt: Durch einen Teil der Presse geht die Nachricht, daß bei der Werbetätigkeit für die Sparprämienanleihe Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien, daß z. B. zur Erzielung günstiger Werbeartikel übermäßig hohe, einer Besetzung gleichkommende Sonderhonorare bewilligt und für entsprechende Druckaufträge Ueberpreise bewilligt worden seien. Es wird eine eingehende Untersuchung gefordert. — Selbstverständlich wird eine solche Untersuchung stattfinden. Schon vor der Veröffentlichung hat namens des Reichsfinanzministeriums der zuständige Unterstaatssekretär den Geheimen Regierungsrat Korben beauftragt, eine Prüfung der geschäftlichen Vorgänge bei der Propaganda vorzunehmen, die bereits seit einiger Zeit im Gange ist. Es bedarf keiner besonderen Versicherung, daß gegebenenfalls rücksichtslos zugegriffen werden wird. Das Ergebnis der Untersuchung wird mitgeteilt werden.

Die Grenzspende.

Der deutsche Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen.

Dienstag abend fand im Reichstag unter Vorsitz des Präsidenten der Nationalversammlung, Fehrenbach, die konstituierende Sitzung des Deutschen Schutzbundes für die Grenz- und Auslandsdeutschen zur Schaffung einer Grenzspende statt, deren Zweck es ist, die notwendigen Mittel aufzubringen, um allen stimmberechtigten Deutschen die Möglichkeit zu geben, von ihrem derzeitigen Wohnort die Reise in die Abstammungsgebiete anzutreten und dort für das Heil des Vaterlandes zu stimmen.

Präsident Fehrenbach eröffnete die aus Mitgliedern der Nationalversammlung und der Preussischen Landesversammlung bestehende Versammlung. Er führte aus:

Infolge des unglücklichen Krieges und des uns aufzuzehrenden Friedens sind wir dauernd gezwungen, uns mit der Frage zu beschäftigen: Was wird aus den Grenzdeutschen? Schöne Gegenden unseres Vaterlandes sind uns durch den Friedensvertrag bereits entzogen. Andere Gegenden können durch die Abstimmung entscheiden, ob sie bei Deutschland verbleiben wollen oder nicht. Es handelt sich um Teile von Nord- und Mittelschlesien, Ermland, Masurien und Oberschlesien. Die Abstimmung in den Grenzgebieten ist Sache des ganzen deutschen Volkes und wir haben allen Anlaß, unsere Brüder dort nach Kräften zu unterstützen. Zur Abstimmung in den Grenzgebieten sind aber auch rund 800 000 Leute berufen, die ihren Wohnsitz jetzt hier haben. Das gesamte deutsche Volk muß ihnen behilflich sein, die Heimat zur Abstimmung zu erreichen. Ich freue mich, daß sich der Hauptort des Schutzbundes für die Grenz- und Auslandsdeutschen aus den Mitgliedern der Nationalversammlung und der Preussischen Landesversammlung zusammensetzt. Möge diese Arbeit zum Heil des deutschen Volkes enden.

Nach ihm sprach der Präsident der Preussischen Landesversammlung, Leinert: Geben wir unseren Brüdern schon heute den Beweis des festen und unerschütterlichen Zusammenhaltens. Das wird ihnen eine feste Zuversicht auf die Wiedervereinigung mit Deutschland sein. Das jetzt begonnene Werk ist nicht für die unmittelbare Zukunft, sondern es wird und muß ein dauernder Erfolg für uns sein und es wird die Liebe zur Heimat stärken. Dann sprach noch der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Abg. Begten, und Abg. Schimmer-Danys als

Vertreter der christlichen Gewerkschaften. Präsident Fehrenbach verlas dann die folgende

Erklärung:

„Nach dem Friedensvertrag von Versailles sind in Schlesien, Ost- und Westpreußen, sowie in Oberschlesien viele Tausende von Deutschen heimberrechtigt, die zerstreut im Reich wohnen. Damit sie von ihrem Abstammungsrecht gemäß der im Friedensvertrag festgesetzten Normen Gebrauch machen können, müssen sie die Reise nach dem Abstammungsgebiet antreten, um an ihrem Geburtsort anzukommen. Die dadurch entstehenden Kosten aufzubringen, ist Sache des ganzen deutschen Volkes. Die Mittel sollen durch eine freiwillige Sammlung, die „Grenzspende“ des deutschen Schutzbundes für die Grenz- und Auslandsdeutschen beschafft werden, um damit den Grenzdeutschen in den Abstammungsgebieten zu zeigen, daß das ganze Vaterland bereit ist, diese Gebiete bei Deutschland zu erhalten. Dieses Streben muß alle Deutschen, ohne Unterschied der Partei, einen. Das deutsche Volk muß seine ganze Kraft einsetzen zur Durchführung der großen politischen Aufgabe: Erhaltung der Abstammungsgebiete beim Deutschen Reich.“

Im Anschluß an diese Tagung wird ein besonderer Arbeitsausschuß unter dem Ehrenvorsitz des Präsidenten Fehrenbach gebildet, der aus den in den Abstammungsgebieten tätigen Abgeordneten aller Parteien bestehen wird. In politischen Kreisen wird der Bildung des Arbeitsausschusses größtes Gewicht beigelegt, weil es eine unbedingte Notwendigkeit ist, daß alle Parteien in der Abstimmungsfrage geschlossen arbeiten und alle parteipolitischen Elemente bis zur Abstimmung ausgeschaltet werden.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Das Reichstagsnotopfer endgültig angenommen. Mittwoch nachmittag hatte die Nationalversammlung das Reichstagsnotopfer in dritter Lesung zu erledigen. Es lagen wieder Anträge der Rechtsparteien auf Zurückverweisung in den Ausschuß und um Umwandlung des Gesetzes in eine Zwangsanleihe vor. Die Abgg. Schulz-Bromberg (Dnat.) und Dr. Pieker (D. Sp.) erhoben die schwersten Bedenken gegen das Gesetz. Auch der Demokrat Waldstein erklärte, daß eine Minderheit seiner Fraktion diese Bedenken teile, die Mehrheit sei aber dafür. Die Abgg. Burm (U. Sp.), Dr. Braun (Soz.) und Finanzminister Erzberger traten für das Gesetz ein. Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.) erwähnte die Rede des Abg. Dr. Friedberg (Dem.), die dieser am selben Tage in der preussischen Landesversammlung gehalten habe, und übte scharfe Kritik an der Sparprämienanleihe. Minister Erzberger sagte zu der Rede Friedbergs: Solche Dinge lassen mich so fürchtbar kalt! Er meinte, 80 Prozent seien doch immerhin ein ganz schöner Erfolg der Anleihe. Er ging dann mit der Rede Friedbergs scharf ins Gericht. Nach weiterer kurzer Debatte kam es dann zur Abstimmung. Die Anträge der Rechten wurden abgelehnt mit 223 gegen 50 Stimmen; eine Anzahl Demokraten, darunter Dr. Bachmeide, Gotheln, Fischel stimmten mit der Rechten. Die einzelnen Paragrafen des Reichstagsnotopfers wurden dann mit großer Mehrheit angenommen. Auch der Antrag Trimborn, den Generalparabon betreffend, wurde in allen drei Lesungen gegen die beiden sozialistischen Parteien angenommen.

Bereinigung des Beamtenbezugs. Das Reichsfinanzministerium hat der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf zur einheitlichen Regelung in Besoldungsangelegenheiten vorgelegt. Durch dieses Gesetz werden, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, alle Beamtenbesoldungsformen im Reich, in den Einzelstaaten und in den Kommunen bis 1. April 1920 unmöglich gemacht. — Diese Maßnahme ist ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Herbeiführung der finanziellen Reichseinheit. Er dürfte nicht zuletzt aus der Erwägung hervorgegangen sein, daß alle Entlohnungsversuche erfolglos bleiben müssen, wenn nicht auch der Ausgabeetat für die Beamtenbesoldung in eine stabile Form gebracht wird.

Der Lindner-Prozess. In dem Prozess gegen den Fleischer Lindner ist von dem Volksgericht München jetzt das Urteil gefällt worden. Lindner war, wie erinnerlich, am Tage der Ermordung Eisners in den Münchener Landtag gestürzt und hatte den linksradikalen verhafteten mehrheitssozialistischen bayerischen Minister des Inneren Auer niedergeschossen. Lindner war Mitglied des Arbeiterrats. Es scheint sich, wie die Beweiszuweisung des Prozesses ergab, um einen organisierten Putsch der linksradikalen gehandelt zu haben. In der Auslegung nach dem Attentat fielen mehrere Schüsse, denen der Landtagsabgeordnete Osel und der Generalstabemajor Gareis zum Opfer fielen. Beide sind den Verwundungen erlegen. Auer ist am Leben geblieben. Lindner flüchtete dann, wurde später in Wien verhaftet und nach längeren Verhandlungen von Oesterreich unter der Bedingung ausgeliefert, daß Lindner nicht zum Tode verurteilt werden dürfte, weil diese Strafe in Oesterreich abgeschafft sei. Lindner und die der Mitschuld verdächtigen Arbeiter Christ, Merker und Schund wurden nun vor das bayerische Volksgericht gestellt. Das Urteil war folgendes: Lindner wurde von einem freiwilligen

Verbrechen der Tötung des Abgeordneten Osel freigesprochen, wegen erschwerten Totschlagsversuchs des Majorz Gareis zu Zuchthausstrafe von 14 Jahren und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Christ wegen versuchter Tötung zu 3 1/2 Jahren Gefängnis, Merker zu 1 1/2 Monaten und Schund zu 6 Monaten Gefängnis. Dieser mit Bewährungsfrist bis 1923 für den Rest seiner Strafe werden 4 Monate Untersuchungshaft angerechnet. In der Begründung heißt es, daß die Tat nicht mit Ueberlegung ausgeführt wurde, wohl aber in der Absicht, Auer zu töten. Lindner hat das Urteil ruhig aufgenommen.

Frankreich.

Clemenceau an Renner. Ministerpräsident Clemenceau ließ dem gegenwärtig in Paris weilenden Staatskanzler Renner folgende Note überreichen: Herr Staatskanzler! Die Aufmerksamkeit der alliierten und assoziierten Mächte wurde auf gewisse Agitationen gelenkt, die von verschiedenen Seiten den Zusammenhalt und sogar die Integrität der österreichischen Gebiete bedrohen. Die vom Vorkarberger Landtage bei der Wiener Regierung unternommenen Schritte, um das Selbstbestimmungsrecht dieser Provinz anerkennen zu lassen, fallen mit jenen Bewegungen zusammen, die sich dahin richten, sei es den Bezirk von Salzburg, sei es Tirol, in den Wirtschaftskreis benachbarter Staaten (Bayern, D. Schrißl.) einzubeziehen, und mit der in den einstmaligen westlichen Kontinenten Ungarns wachgerufenen Bewegung zur Bewahrung eines Plebiszits, das in dem diese Gegenden Oesterreich zupredenden Verträge nicht vorgesehen ist. Die alliierten und assoziierten Mächte sind der Ansicht, daß wenn die trennenden Kräfte in irgend einem dieser Punkte zum Durchbruch gelangen sollten, eine solche Trennung das ruhige Zerfallen des österreichischen Reiches nach sich ziehen und das Gleichgewicht in Mitteleuropa zerstören könnte. — Der die Note überbringende Beamte bemerkte, daß diese Note schon vor dem Erscheinen Renners in Paris verfaßt worden sei.

Italien.

Achtstundentag in Italien. Die sozialistische Kammergruppe brachte einen Antrag ein, in dem die Regierung aufgefordert wird, unverzüglich den von Turatti vorgeschlagenen Gesetzentwurf über die Anwendung des Achtstundentages in den staatlichen Betrieben und seine Ausdehnung auf die Privatbetriebe, besonders solche, in denen Frauen beschäftigt sind, einzubringen.

Amerika.

Gerard Präsidentschaftskandidat. „Neuere Courant“ meldet aus New York, daß der frühere amerikanische Botschafter in Deutschland, Gerard, eine Kampagne für die Präsidentswürde als unabhängiger Kandidat begonnen hat. Man glaubt, daß er versucht, von den Demokraten als Kandidat aufgestellt zu werden.

Ostliche und Sächsische Nachrichten.

Eisenstod, 19. Dezember. Daß Lieben nichts Heilig ist, bewies wiederum der Diebstahl von 8 lebenden Gansen aus einem verschlossenen Keller der Hofstraße, der in letzter Nacht ausgeführt wurde und den Besitzer um seinen teuren Weihnachtsgeschenken brachte. Der Fall mahnt erneut zur gewissenhaftesten Verwahrung alles Wertvollen.

Eisenstod, 19. Dezember. Sonntag, den 21. Dezember, verkehren alle Züge mit Ausnahme von 1780a und 1781 (Frühzug) zwischen Aue und Schönbühlerhammer. Auf der Linie Eisenstod unt. Bf. — Eisenstod ob. Bf. fallen die betr. Anschlußzüge 3219 und 3220 aus.

Eisenstod, 19. Dezember. Zu dem Bericht über die Weihnachtsbescherung des „Reichsbundes“ ist noch ergänzend zu bemerken, daß nicht nur die Kinder, sondern auch alle Kriegsverletzten je ein Geschenk erhielten. Die Stadt hatte zu der Feier in dankenswerter Weise neben 200 Mark noch 60 Paar Strümpfe zur Verfügung gestellt. Der Verein Heimatbund spendet 48 Paar Strümpfe und 100 Hemden. Der „Reichsbund“ nimmt Gelegenheit, auch an dieser Stelle hierfür nochmals herzlich zu danken.

Dresden, 17. Dezember. Im tausendsten Jahre hat der sächsische Staat in einmaligen und dauernden Teuerungszulagen an Staatsbeamte, Arbeiter, Bäcker usw. 275 Millionen Mark ausgezahlt.

Dresden, 17. Dezember. Gestern abend fand die von ihrer Beschäftigung nach ihrer Wohnung Leipziger Straße 106 heimkehrende Frau verw. Mayke ihre drei Kinder im Alter von 3 bis 7 Jahren als Leichen vor. Die Kinder hatten vergeblich versucht, eine Gasflamme zu entzünden, dabei aber den Gaszahn offen gelassen, so daß sie erstickten.

Dresden, 17. Dezember. Töblich überfahren wurden heute die Streckenarbeiter Erich Dufschke, Oskayer Str., und Karl Franz Weidig, Göllicher Str. 21 wohnhaft. Sie wurden von einem einfahrenden Personenzug überrollt.

Chemnitz, 19. Dezember. Am Mittwoch vormittag wurde die Privatmannsches Frau Liebert mit ihrem 9 Jahre alten Enkel tot in ihrer Wohnung Seumstraße Nr. 8 aufgefunden. Wie die Untersuchung ergeben hat, liegt Unfall durch Ausströmen von Kohgas vor.

Sachsenfeld, 18. Dezember. Die Frau des Postkutschers H. hatte ihre zwei kleinsten Kinder im Alter von 2 und 4 Jahren auf wenige Minuten allein gelassen. Die Kinder spielten am brennenden Ofen ein

große Anzahl Wiener Kinder eingeladen, die sie nach den wärmsten und gesündesten Teilen Italiens senden wollen.

— Basel, 19. Dezember. Schweizer Blätter melden das Anrücken serbischer Truppen in Stärke von zwei Armeekorps gegen Dalmatien, Italien und Albanien. Die Truppen seien in voller Kriegsbereitschaft.

— Genf, 19. Dezember. Aus Paris wird gemeldet: Das deutsche Anerbieten, an Stelle der geforderten 5 leichten Kreuzer die im Bau befindlichen großen Schlachtschiffe abzuliefern, ist von den Alliierten abgelehnt worden, da die im Bau befindlichen Dreadnoughts nach den Bedingungen des Friedensvertrages zerstört werden müssen und in dieser Hinsicht keine Zugeständnisse möglich seien. Die 5 Kreuzer müssen also abgeliefert werden, dagegen haben die alliierten Sachverständigen wahrscheinlich, laut „Matin“, den deutschen Vorschlag für die Herabsetzung der Menge des anderen Hafensmaterials für annehmbar bezeichnet. An Stelle des fehlenden Materials wird Deutschland aber anderes Material abliefern müssen.

— Amsterdam, 19. Dezember. „Morningpost“ erzählt, daß es so gut wie sicher sei, daß der Vertrag von Versailles am 1. Januar in aller Form ratifiziert wird, der Völkerverbund insolge dessen automatisch in Kraft treten werde. Der Rat des Völkerverbundes werde vermutlich am 7. oder 8. Januar in Paris zusammentreten. England werde durch Lord Curzon vertreten sein. Der Rat werde sich nächst der Saarfrage mit der Ernennung des Oberkommissars für Danzig befassen und wahrscheinlich Reginald Dower bestimmen.

— Haag, 19. Dezember. Nach einer Drahtung aus Washington wurde vom Senat eine Hälfte aus Republikanern und zur anderen Hälfte aus Demokraten bestehende nichtoffizielle Kommission gebildet, die das Kompromiß über den Friedensvertrag vorbereiten soll. Entweder Lodge oder Hitchcock werden in der Kommission vertreten sein. Die Mitglieder hoffen, nunmehr einen Entwurf für ein Kompromiß zustande zu bringen und für die Vorbehalte, die für beide Parteien annehmbar seien. Die Mehrheit der Demokraten ist für ein Kompromiß. Der Demokrat Underwood, ein

Konkurrent Hitchcocks in der Führung der Partei, erklärte sich zugunsten der Ratifikation selbst wenn es nötig sein sollte, den Völkerverbundvertrag aus dem Friedensvertrag zu streichen. Man müßte Frieden haben, denn sonst stehe es um den amerikanischen Handel schlecht. Man müsse gemäßigtere Vorbehalte suchen, dürfe die Vorbehalte Lodge's nicht annehmen. Das ganze Land fordert mit Nachdruck die Ratifikation. Underwood hat einen Plan ausgearbeitet, wonach, wie er hofft, es möglich sein wird, noch vor Weihnachten zu ratifizieren.

— Madrid, 19. Dezember. In Barcelona und Madrid sind ernste Unruhen ausgebrochen. Bis jetzt blieben 3 Zivilisten und 2 Polizisten tot auf dem Platz. Eine Frau, die eine Bombe trug, wurde verhaftet. Der Straßenbahnstreik in Madrid nimmt seinen Fortgang. Die Streikenden appellieren an das Gemeinschaftsgefühl der anderen Gewerkschaften. Zwischen den Streikenden und der Polizei kam es zu Kämpfen, in denen geschossen und mit Steinen geworfen wurde. Viele der Streikenden wurden verhaftet.



Mädchen- und Damen-Mäntel,

Knabenschwitzer, Jagdwesten, Strümpfe, Socken, Sosen-träger, Gravatten, Dauerwäsche, Fausthandschuhe, Korsetts, Buavenjäckchen, Haarschmuck, Halsketten, Seidenbänder.

Ia. Winter-Trikot-Leibchen u. Kniehosen, sowie als nützliches Weihnachtsgeschenk empfehle ich mein gutsortiertes Lager in

Herrenstoffen

(auch für Konfirmanden) nur solider Qualitäten.

Zum Weihnachtsfeste

Gigarren
Gigarillos
Gigaretten
Kauf-Tabak
Tabaks-Pfeifen
Almer, echt Pruper
Gigaretten-Guis
Gigaretten-Hüllen
Gigaretten-Papier
Gigarren-Gaus

empfehl
Kakao — Schokolade
Pralinee — Bonbonnieren
Rein-Marzipan
Pfefferkuchen
Delikates - Sonigkuchen
Makronen-Gebäck
Echten Tee
Frühgebirg. Kaffee
von Max Richter
Schokoladen-Geschäft

P. O. Meichsner.

Mittelgroßes Geschäftslokal

per 1. April oder früher, möglichst Oberstadt, zu mieten gesucht. Off. unter J. S. 100 an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Die landeskirchl. Gemeinschaft

bringt für die Kirchenvorstandswahl in Vorschlag die Herren
Kessler, Feodor, Fabrikant,
Salzbrenner, Hugo, Prolurist,
Unger, Wilhelm, Triebwerksbesitzer.

Flüssige Bronzefarben

für den Hausgebrauch,
ff. Hochglanz-Bronzen,
Bronzetinktur
empfehl bestens H. Lohmann.

Pflaumenmus

empfehl G. Emil Tittel.

Neu eingetroffen:

Haferflocken,
Molkereil-Särrahmbutter.
Kurt Tuohschöerer,
vorm. Kaspar Ditt.

Warnung!

Ich warne hiermit jeden, meiner Frau Elise folgt geb. Ficht. ner etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme.
Paul Voigt, Magazinstr. 6.

Schiffchen-Sticker

mit Gangsäbler
stellt ein
Wilhelmine Drechsler.

Häfel-Arbeit

zu hohen Löhnen wird ausgegeben
Fabrikgasse 1.

Schaftstiefel

1 Paar neue
1 Paar Schnürschuhe, Größe 28 (Mitteldemoh), 1 neuer Staud-sauger, Friedensware, gebr. Pol-nolenum, Granit, wie neu, zu ver-kaufen.
W. Jugelt,
Sojastr. 9.

la. Bohnerwachs

empfehl
Franz Natouschek.

Eine gute Geige

mit Rasten, passend als Weis-nachtsgeschenk, für 300 Mk. zu ver-kaufen Karlsbadstr. 13, III.

Textilarbeiter-Verband.

Sonnabend, den 20. Dezember, abds. 7,8 Uhr in der Central-halle

Versammlung.

Nur für Hand- u. Schiffsgewerkschafter.
Tagesordnung: Besprechung des neuen Lohntarifs.
Dem Erscheinen aller Kollegen sieht entgegen der Vorstand.

Hausbefitzer-Verein.

Sonnabend, den 20. De- zember 1919, abends 8 Uhr im „Engl. Hof“ Vorstands- und Ausschußsitzung.

la. Rotwein

empfehl bestens
H. Lohmann.

Bopp's Färberei

reinigt u. färbt tabellos.
Annahme: C. G. Seidel.

Teppiche

2-3 Stück guterhaltene, gebrauchte
zu kaufen gesucht. Angebote mit Größenangabe unter „Teppiche“ an die Geschäftsst. ds. Bl. erbeten.

Lacetband

gesucht.

Verstärkte Offerte an
Hugo Hopfe,
Nähseidenfabrik,
Berlin, Brückenstr. 13 a.

Ein getragener Jackett-Anzug

für 10-12 jähr. Knaben ist preis-wert zu verkaufen. Wo, zu erf. in der Geschäftsst. ds. Bl.

Ein Paar Kinderschuhe,
36, ist zu verkaufen. Wo, sagt die Geschäftsst. ds. Bl.

Fell - Wiegepferd
steht zum Verkauf. Wo, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Central-Theater.

Am Sonnabend, den 20. u. Sonntag, den 21. Dez.:

Das Tagebuch Collins.

Spannender hochsensationaler Kriminal-Roman in 4 Akten.
In der Hauptrolle die berühmte Filmschauspielerin
Ellen Richter.

Sie gewinnt sich ihren Mann.

Kollstes Lustspiel in 3 Akten mit dem Kinoliebling Erika
Glässner.

Ferner: Das vielbesungene Zikertal.

Anfang 3, 7 und 9 Uhr.

Es laden freundlichst ein Die Besitzer.

Fabrikantengemeinschaft im Kaufm. Verein Eibenstock.

Sonnabend, den 20. ds., abends 8 Uhr

im Hotel „Stadt Leipzig“

Voll-Versammlung.

Zur Beschlussfassung stehen wichtige Tages- und Lohnfragen und wird um pünktliches und allseitiges Erscheinen dringendst gebeten.

Skikursus f. Anfänger u. Fortgeschrittene

ist in der Zeit vom 27. bis 31. ds. Mt. in
Aussicht genommen.

Lehrer: Herr Hans v. Teubern, Chemnitz.

Kursbeitrag je nach Beteiligung, für Club-Mitglieder höchstens 5 Mt., für Nichtmitglieder höchstens 10 Mt.

Anmeldungen sofort, spätestens bis 23. d. Mt. bei Herrn Benno Rändler erbeten.

Ski-Club Eibenstock, e. V.

Zum Weihnachtsfeste

bringe meine hochfein arrangierten Frühstückkörbe, passend als Weihnachtsgeschenk, in empfehlende Erinnerung. Ferner empfehle prima geräucherter Lachs, Sardinen in großer Auswahl, Sardinen in Tomaten, eintreffend russischen Salat, Sardellen und Sardellenbutter, prima Schweizer Tafellase, Pfd. Mt. — 90 und Mt. 1.50, prima Zitronen, verschiedene Frucht- und Fischkonserven, prima Sellerie und Meerrettich, Rot- und Weißkraut und verschiedenes mehr.

Hochachtungsvoll Ja. Aline Günzel.

la. Speise-Oel

empfehl bestens
H. Lohmann.

Contor-Möbel,

gebraucht, zu kaufen gesucht.
Off. unter H. H. 50 an die Ge-
schäftsst. ds. Bl. erb.

2 Paar hohe braune Lederschuhe

für 2-3 jähr. Kinder sind zu ver-
kaufen. Wo, sagt die Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

1 Paar gebrauchte Kinderschuhe

ist zu verkaufen.
Wo, zu erf. in der Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

Geld

gegen monatliche
Rückzahlg. verleiht
R. Calderarow, Hamburg 6.

Jünglings- u. Jungfrauenverein N. Gemeinl. Weihnachtsfeier.

herrscht noch vielfach Unklarheit.
Vor allem sind die Eingaben auf
Chiffre-Anzeigen verschlossen mit ge-
nauer Bezeichnung des Buchstabens
und der Nummer an unsere Ge-
schäftsstelle zu richten. Wer eine
Chiffre-Anzeige aufgibt, will mit
seinem Namen nicht in die Offen-
lichkeit treten; er beauftragt deshalb
unsere Geschäftsstelle, die Briefe,
welche unter der betreffenden Chiffre
eingehen, ihm zuzusenden. Dieses
geschlecht denn auch von unserer
Geschäftsstelle, den Namen des
Austtraggebers darf sie nicht mitteil-
en. Weiter hat unsere Geschäfts-
stelle mit den Chiffre-Anzeigen nichts
zu tun. Dr. Urzeugnisse sage man
den Offerten niemals bei, sondern
nur Abschriften der Zeugnisse.
Auch ist es gänzlich unstatthaft,
sich Antwort unter einer selbst ge-
wählten Chiffre an unsere Geschäfts-
stelle kommen zu lassen.
Die Geschäftsstelle des
Amtsblattes.